

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion

betr.: Fraktionsübergreifender Brandbrief des Studierendenparlamentes an der Universität des Saarlandes ernst nehmen – Studentinnen und Studenten unbürokratisch unterstützen

Der Landtag wolle beschließen:

Das Studierendenparlament an der Universität des Saarlandes hat mit einem Brandbrief Anfang Februar dieses Jahres eindrucksvoll auf die prekäre Lage für immer mehr Studentinnen und Studenten hingewiesen. Durch die Auswirkungen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind Studentinnen und Studenten, hauptsächlich durch gesteigerte Energiepreise und die hohe Inflationsrate, weiterhin mit hohen Belastungen der individuellen finanziellen Lage konfrontiert. Die Abgeordneten des Saarländischen Landtages nehmen diese Belastungen ausdrücklich wahr.

Aktionen wie die Ausgabe von Carepaketen mit Lebensmitteln und Einkaufsgutscheinen an bedürftige Studentinnen und Studenten durch den AstA an der Universität des Saarlandes sowie kostenlose Mensa-Essen im Rahmen der Winteraktion Saar sind in diesem Zusammenhang ausdrücklich zu begrüßen und weiter zu unterstützen.

Hauptkritikpunkt des Brandbriefs des Studierendenparlamentes an der Universität des Saarlandes ist dabei die Auszahlung der Energiekostenpauschale, welche mehr als ein Jahr nach dem extremen Anstieg der Energiepreise immer noch nicht terminiert werden kann. Dabei hat sich der Landtag des Saarlandes bereits im Juli 2022 mit entsprechenden Initiativen beschäftigt. Die verbindliche Ankündigung durch die Bundesregierung folgte dann schließlich Anfang September 2022 nach langwieriger Diskussion und starkem öffentlichen Druck. Der Deutsche Bundestag hat somit erst weit nach den anderen Hilfspaketen das Studierenden-Energiepreispauschalengesetz (EPPSG) am 1. Dezember 2022 beschlossen. Aber auch 10 Wochen nach Beschluss des Gesetzes bleibt nur festzustellen, dass die Auszahlung der lang angekündigten Energiepreispauschale in Höhe von 200 Euro für Studentinnen und Studenten sowie weitere Anspruchsberechtigte immer noch nicht realisiert ist.

Da der Zeitpunkt für die Auszahlung der Pauschale noch immer nicht konkret absehbar ist, erhöht sich der finanzielle Druck auf die Studentinnen und Studenten täglich. Auch unabhängig von dem Warten auf die 200 Euro lösen derzeit die Steigerung von Essenspreisen, auch in der Mensa, sowie die Miet- und Nebenkostensteigerungen etc. eine Kumulation finanzieller Mehrbelastungen aus, die alle Lebensbereiche der Studentinnen und Studenten betreffen.

Mit der Einrichtung eines Nothilfefonds kann das Land analog zum Vorgehen der Vorgängerregierung in der Coronapandemie selbständig den besonders hart getroffenen Studentinnen und Studenten, für die die aktuelle Hängepartie existenzgefährdend ist, zielgerichtet und zügig helfen.

Darüber hinaus soll das angekündigte Junge-Leute-Ticket nicht nur von Schülerinnen und Schülern, Azubis und Freiwilligendienstleistenden in Anspruch genommen werden können, sondern soll im Sinne von Gleichbehandlung auch die saarländischen Studentinnen und Studenten berücksichtigen. Eine vollständige Kostenübernahme der Differenz zwischen dem derzeitigen Preis für das Semesterticket (im Rahmen des Solidarmodells) und dem Preis eines Deutschlandtickets ausschließlich durch die Studentinnen und Studenten selbst, beispielsweise durch eine Upgrade-Option für 328 Euro zusätzlich pro Jahr, stellt keine zufriedenstellende Lösung dar.

Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag des Saarlandes die Landesregierung auf,

- die Verschlechterung der psychischen und finanziellen Lage vieler Studentinnen und Studenten im Saarland ernst zu nehmen und schnellstmöglich in zielführende Gespräche mit den Studentinnen und Studenten einzutreten,
- sich im Rahmen ihrer Verantwortung im Zusammenspiel mit Bund und Ländern entschlossen für eine zeitnahe Auszahlung der 200 Euro Energiekostenpauschale für Studentinnen und Studenten sowie für ein schlankes und unbürokratisches Antragsverfahren einzusetzen,
- kurzfristig einen Nothilfefonds in Höhe von 100.000 Euro analog zum Vorgehen der Vorgängerregierung in der Coronapandemie einzurichten, um den besonders hart getroffenen Studentinnen und Studenten zielgerichtet und zügig zu helfen,
- die saarländischen Studentinnen und Studenten in das neue Junge-Leute-Ticket zur bundesweiten ÖPNV-Nutzung zu integrieren,
- sowie sich auf Bundesebene dafür stark zu machen, dass Deutschland endlich ein modernes Abwicklungssystem für Finanzhilfen erhält, über welches unbürokratisch, zeitnah, bürgerfreundlich und zielgenau Finanzhilfen in Krisen ausgezahlt werden können.

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.